

Es war de Gaulles Hauptanliegen, ein für alle Mal die Sicherheit Frankreichs gegenüber Deutschland zu gewährleisten. Dazu gehörte die Forderung nach einer föderalen Struktur eines nicht nur im Osten, sondern auch im Westen „amputierten“ Deutschland: Das linke Ufer des Rheins sollte unter die strategische und politische Kontrolle Frankreichs, Belgiens, der Niederlande und Großbritanniens, die Ruhr unter ein internationales Regime gestellt werden, während für die Saar die wirtschaftliche Union mit Frankreich bei politischer Autonomie hergestellt werden sollte.¹ De Gaulle selbst brachte seine Ziele im Gespräch mit Präsident Truman auf die einfache Formel: *fin du Reich centralisé, autonomie de la rive gauche du Rhin, régime international de la Ruhr*. Angesichts des Laufs der Geschichte, der seinem Land Invasion, Zerstörung und menschliches Leid gebracht hatte, forderte er Garantien, erkannte aber auch die Chance, ein europäisches Gleichgewicht neu zu schaffen, das zerbrochen sei, nachdem die Staaten Mitteleuropas und des Balkans mit Zustimmung Amerikas und Großbritanniens gezwungen worden seien, der Sowjetunion als Satelliten zu dienen.²

Im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 legten die USA, die Sowjetunion und Großbritannien die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze für die Behandlung des Deutschen Reiches fest, darunter die militärische Besetzung, die Vernichtung des Kriegspotenzials und die Entnazifizierung. Es bestimmte eine politische und wirtschaftliche Dezentralisierung, behandelte aber Deutschland als wirtschaftliche Einheit. Eine Entwicklung auf friedlicher und demokratischer Grundlage wurde zugesichert. Frankreich, das an den Verhandlungen seiner Verbündeten in Potsdam vom Juli 1945 nicht beteiligt war, brachte alsbald wichtige Vorbehalte gegen diese vor; der Außenminister unterstrich in einer Note vom 7. August 1945 die vitale Bedeutung, die das Problem in seiner Gesamtheit für Frankreich habe. Es sei zwar unerlässlich, die Entwicklung der demokratischen Ideen in Deutschland zu fördern. Vorbehalte machte er aber gegen die Wiederherstellung der politischen Parteien für ganz Deutschland, gegen zentrale Verwaltungsstellen, deren Amtsbereich sich auf die Gesamtheit des deutschen Territoriums erstrecken würde. In einem Memorandum vom 14. September 1945 wurden die Vorbehalte ergänzt durch Bedenken gegen die Errichtung einer deutschen Zentralregierung und durch die Forderung, das rheinisch-westfälische Gebiet einschließlich der Ruhr endgültig von Deutschland abzutrennen.

Alle Maßnahmen der französischen Militärregierungen gingen letzten Endes zurück auf die Leitlinien des *Quai d'Orsay*. Ihr Ziel war die Schaffung deutscher Einzelstaaten, die einem künftigen Gesamtstaat ein stark zentrifugales System hätten entgegensetzen können, hätte nicht die weltpolitische Interessenlage der westlichen Alliierten ein doch stärker zentralistisch orientiertes System nahegelegt, wie es nachher im Grundgesetz von 1949 zur Entfaltung kam.

Bei allen Maßnahmen sollte die letzte Entscheidung bei der Besatzungsmacht bleiben: *Aucune décision ne pourra être prise par les gouvernements allemands qui serait contraire aux ordonnances et décisions prises par le Général, et, d'une façon plus générale, à la politique du gouvernement Français en zone occupée*. Die Lage Badens inmitten der französischen Interessensphäre bestimmte die Intensität ihrer Eingriffe noch stärker als im angrenzenden Württemberg-Hohenzollern. Dennoch nennt Theodor Eschenburg, den sie dort zum Stellvertreter des Innenministers be-